

PRESSEMITTEILUNG

des Landesvorstandes vom 03.07.2019

Junge Alternative Bayern setzt Verwaltungsrechtsstreit gegen die Landeshauptstadt München fort

Nachdem die offenkundig rechtswidrig durch die Landeshauptstadt München ausgesprochenen Hausverbote gegen Redner der Jungen Alternative und der AfD beim politischen Frühschoppen Anfang Mai durch Eilentscheidung des Verwaltungsgerichtes München bereits vollumfänglich kas-
siert wurden, hat die Junge Alternative Bayern ihren Rechtsanwalt beauftragt, nun auch die Eröff-
nung des Hauptsacheverfahrens (als Fortsetzungsfeststellungsklage) zu beantragen. Die Klagebe-
gründung liegt dem Gericht bereits vor.

Damit soll das illegale und auf eine Verschiebung des politischen Wettbewerbs gerichtete Verhal-
ten des verantwortlichen Oberbürgermeisters Dieter Reiter (SPD) und der Stadtschulrätin Beatrix
Zurek (ebenfalls SPD) einer umfassenden verwaltungsgerichtlichen Prüfung im Hauptsacheverfah-
ren zugeführt werden.

Der Landesvorsitzende der Jungen Alternative Bayern, Sven A. Kachelmann, bekräftigt, dass man
diejenigen Verantwortlichen »nicht einfach so davonkommen lassen« werde, welche sich »die
Verwaltung zu eigen gemacht haben, um mit illegalen Mitteln den Wettbewerb zwischen den Par-
teien zu verzerren und dafür nicht unerhebliche Beträge an Steuergeldern in derlei Gerichtsver-
fahren zu verprassen«. Nach der deutlichen Entscheidung im einstweiligen Verfahren wird natür-
lich auch von einem juristischen Erfolg in der Hauptsache ausgegangen.

Kontakt:

Sven A. Kachelmann (Landesvorsitzender)
E-Mail: poststelle@ja-bayern.de